

Pro

«Wirtschaftlich bringen die EU-Verträge praktisch nichts, politisch verlieren wir weiter an Souveränität»

Der Zürcher Professor für Wirtschaftsgeschichte Tobias Straumann hält den ökonomischen Nutzen der EU-Verträge für stark überschätzt. Und wenn die EU die Schweiz bei der Forschung wieder ausgrenzt? «Damit können wir leben.»

Katharina Fontana, Fabian Schäfer

26.08.2025, 05.30 Uhr ⌚ 11 min



Illustration Simon Tanner / NZZ

Wirtschaftskrisen sind seine Spezialität. Ob US-Zölle, CS-Untergang oder Negativzinsen: Wenn es wirtschaftspolitisch ungemütlich wird und die Öffentlichkeit eine Einordnung braucht, ist Tobias Straumann ein gefragter Mann. Er ist

Professor für Geschichte der Neuzeit und
Wirtschaftsgeschichte und leitet den Studiengang MAS
Applied History an der Universität Zürich.

Straumann ist ein profunder Kenner der europäischen
Finanzgeschichte sowie der schweizerischen
Wirtschaftsgeschichte und vermittelt souverän zwischen
Wissenschaft und Gesellschaft. Früher als Journalist tätig,
nimmt der Professor heute als Kolumnist in der «NZZ am
Sonntag» regelmässig Stellung zu wirtschaftspolitischen
Themen. Mit dem Blick auf das grosse Ganze kommt er zu
einem klaren Schluss, was die geplante institutionelle
Annäherung der Schweiz an die EU angeht.

**Was hat Sie bei der Lektüre der neuen Abkommen am
meisten überrascht?**

Bis jetzt: nichts. Ich schaue die EU-Verträge mehr
grundsätzlich an. Für mich ist klar: Wirtschaftlich
bringen sie praktisch nichts, politisch verlieren wir
weiter an Souveränität. Das wird sich längerfristig auch
wirtschaftlich rächen, weil unsere Wirtschaftspolitik
schlechter werden wird: weniger dezentral, weniger
pragmatisch, weniger demokratisch.

**Was in den Abkommen im Detail drinsteht, ist also gar
nicht so wichtig?**

Doch, für die politische Auseinandersetzung ist der
genaue Inhalt absolut zentral. Es gibt überall konkrete
Neuerungen, die enormen Widerstand erzeugen werden.
Jede Interessengruppe wird Dinge vorfinden, die für sie
nicht akzeptabel sind. Ich bin deshalb überzeugt, dass

diese Vorlage beim Volk nie durchkommen wird – selbst ohne Ständemehr ist sie chancenlos.

Und wenn doch: Wäre das eine Wende in der Schweizer Geschichte?

Nein, historisch gesehen, passierte die grosse Wende mit den Bilateralen I im Jahr 2000. Dort haben wir bereits viel Souveränität abgegeben. Die neuen EU-Verträge wären ein weiterer Ausbauschritt, mit dem wir noch mehr Autonomie verlieren würden.

Die Schweiz und die EU

Nach jahrzehntelangen Diskussionen hat die Schweiz neue Abkommen mit der EU verhandelt. Was ist der Preis dieser Verträge, und was bedeutet das Paket für die künftige Stellung der Schweizer Wirtschaft und Gesellschaft in einem von geopolitischen Spannungen gekennzeichneten Europa?

Serie

Und wenn wir die Verträge ablehnen, wäre das eine Wende für die Schweiz?

Nein. Es wäre eine Bestätigung, dass die grosse Öffnung gegenüber der EU abgeschlossen ist, weil die Leute wachstumsmüde geworden sind. Der Aufbruch der 1990er Jahre ist vorbei – nicht nur in der Schweiz, sondern in ganz Europa. Das zeigt sich besonders deutlich bei der Einwanderungsfrage. Ein wachsender Teil der Bevölkerung stört sich an der hohen Zuwanderung. Nun will der Bundesrat mit den EU-

Verträgen noch mehr Freizügigkeit. Dieses Anliegen steht völlig quer in der Landschaft.

Ein Nein wäre aus Ihrer Sicht also keine Abkehr vom bilateralen Weg?

Überhaupt nicht. Erst wenn eine Mehrheit die Personenfreizügigkeit nicht mehr will, wird es kritisch. Das ist jedoch nicht auszuschliessen. Die Wachstumsmüdigkeit zeigt sich mittlerweile ja auch in den Abstimmungen, die nicht direkt mit der Immigrationspolitik zu tun haben, etwa im Nein zum Autobahnausbau. Die Gefühlslage war in den 1990er Jahren völlig anders, da herrschte Integrationsbegeisterung.

Die Schweiz war damals wirtschaftlich in einer schlechten Verfassung.

So schlimm waren die Probleme nicht, doch man hatte verbreitet das Gefühl, dass es mit der Schweiz abwärtsgehe. Die EU hatte damals Zug, sie liberalisierte, sie verkörperte die Zukunft. Das ist heute komplett anders. Auch aus diesem Grund bin ich überzeugt, dass sich die Schweizer Bevölkerung nicht noch enger an die EU anbinden will. Die EU hat an Glanz verloren.

Der Bundesrat hält die EU-Verträge für «massgeschneidert», die Schweiz konnte Ausnahmen aushandeln.

Ich glaube nicht, dass wir einen Sonderstatus behalten können, wenn wir die Verträge annehmen. Eher erwarte ich, dass man in fünf Jahren wieder über die Ausnahmen wird reden müssen. Die EU strebt einen möglichst homogenen Binnenmarkt an, das ist ihr Ziel für Europa. Und das heisst, dass sie die Schweiz mehr und mehr integrieren will.

Aus einer rein ökonomischen Optik: Was wären die Vorteile der neuen Verträge? Was wären die Nachteile?

Ich sehe keine relevanten Vorteile. Vom privilegierten Marktzugang profitieren heute einzelne Branchen, andere nicht. Die Sanitärbranche zum Beispiel muss für jede Installation vor Ort eine Filiale haben und je nach Land andere Vorschriften erfüllen. Unlängst hat der IWF eine Studie publiziert, die klar aufzeigt, dass der EU-Binnenmarkt selbst für die EU-Mitgliedsländer weitgehend eine Fiktion darstellt. Der Wegfall des privilegierten Marktzugangs sollte also nicht überschätzt werden: Gewisse Branchen kostet das etwas, aber nicht besonders viel, und andere werden gar nichts spüren.

Die Medizinaltechnik stellt die Verträge als essenziell dar.

Gemäss dem Verband der Medizinaltechnik betragen die jährlich wiederkehrenden Mehrkosten nach Wegfall des Abkommens über die gegenseitige Anerkennung von Produkte Zertifizierungen nur 0,1 bis 0,14 Prozent des Exportumsatzes und noch weniger, wenn man den Gesamtumsatz nimmt.

Eine vom Bund in Auftrag gegebene Studie kommt zu dem Schluss, dass der Wegfall der Bilateralen I im Jahr 2045 pro Einwohner und Jahr 2500 Franken kosten würde.

Die Studie geht erstens von einem Extremszenario aus, das kaum eintreten wird. Zweitens muss man die Zahl in den Kontext der Studie einbetten: Auf zwanzig Jahre 1,65 Prozent BIP pro Kopf weniger zu wachsen, ist vernachlässigbar, das spürt man nicht. Drittens geht die Studie nicht auf die Frage ein, wie negativ eine Anbindung an die Wirtschaftspolitik der EU für die Schweizer Wirtschaft wäre. Es dürften weit mehr als 2500 Franken pro Kopf sein, wenn die EU weiterhin alles und jedes regulieren will und so die Investitionstätigkeit bremst.

Laut den Studien des Bundes ist primär die Personenfreizügigkeit ökonomisch wertvoll. Überzeugt Sie das?

Nur bedingt. Die Zuwanderung ist wichtig, das ist auch historisch erwiesen. Die Schweiz wäre ohne Immigration nie so reich geworden. Doch dass die Personenfreizügigkeit ökonomisch einen riesigen Vorteil darstellt, bezweifle ich. Mit Kontingenten war das Produktivitätswachstum in den 1980er Jahren nicht schlechter als später mit der Freizügigkeit. Höhere Zuwanderung heisst nicht automatisch höhere Produktivität.

Wie hoch sollte die Zuwanderung aus Ihrer Sicht sein?

Optimal wäre etwa die Hälfte von heute, sicher weniger als 50 000 Personen jährlich. Damit wäre die Zuwanderung historisch und im internationalen Vergleich noch immer recht hoch, aber sie wäre innenpolitisch akzeptiert.

In welchen Branchen ist die Zuwanderung heute zu gross?

In erster Linie beim Staat, dort haben wir das mit Abstand höchste Beschäftigungswachstum. In der Industrie hingegen stagniert die Zahl der Beschäftigten.

Zum Staat zählen auch das Gesundheits- und das Bildungswesen.

Genau. Dass wir in Schulen oder Spitälern einen grossen Bedarf an neuem Personal haben, ist auch auf die Zuwanderung zurückzuführen: Sie schafft neue Nachfrage, für die das einheimische Angebot fehlt. Man kann die Leute, die es überall braucht, gar nicht so schnell ausbilden. Der Fachkräftemangel ist demzufolge teilweise auch das Ergebnis der starken Zuwanderung. Oder umgekehrt gesagt: Wenn weniger Einwanderer ins Land kommen, sinkt auch der Bedarf an Fachkräften beim Staat.

Profitieren die Einheimischen von diesem starken Wachstum?

Das ist sehr unterschiedlich. Es gibt viele Profiteure, allen voran der Staat, der mehr Steuereinnahmen erhält. Für Professoren wie mich ist das Wachstum grossartig: Die

Universität wird ausgebaut, es gibt mehr Stellen, mehr Geld. Für die Einheimischen, die sich für Jobs an einer Schweizer Universität bewerben, wird es dagegen schwieriger, sie haben grosse ausländische Konkurrenz. Für die Immobilienbesitzer ist das Wachstum ein Geschenk des Himmels, ihre Liegenschaften werden immer wertvoller. Für jene, die eine Wohnung suchen, wird es hingegen mühsamer, ebenso für die Pendler, die in vollen Zügen sitzen. Die Personenfreizügigkeit hat Vorteile, aber sie verursacht auch Kosten, und diese belasten gewisse Gruppen stärker als andere.

Der Bund lobt die Personenfreizügigkeit. Hat man in Bern die Probleme nicht erkannt?

Meinem Eindruck nach ist allen Parteien klar geworden, dass die Akzeptanz der Personenfreizügigkeit prekärer geworden ist. In der Verwaltung dagegen ist diese Botschaft noch nicht angekommen. Jedenfalls habe ich noch nie einen Vorschlag gehört, wie man mit geeigneten Massnahmen die Akzeptanz wieder stärken könnte.

Der frühere Arbeitsmarketchef beim Bund, Boris Zürcher, sagt, dass sich die Schweiz die Zustimmung zur Personenfreizügigkeit durch soziale Wohltaten wie Krippenfinanzierung, höhere Ehepaarrenten usw. erkaufe.

Das ist eine gute Beobachtung. Es erinnert stark an die frühen 1970er Jahre. 1970 wurde über die Schwarzenbach-Initiative «gegen Überfremdung» abgestimmt. Die Vorlage war extrem, sie hätte enormen Schaden angerichtet, dennoch stimmten sage und

schreibe 45 Prozent der Leute dafür, weil sie der Meinung waren, es müsse etwas gegen die starke Zuwanderung unternommen werden. Wenn etwas über längere Zeit schnell wächst oder sich schnell verändert, fühlen sich die Leute irgendwann nicht mehr zu Hause. Wir sind heute an einem ähnlichen Punkt.

Was halten Sie von der neuen Schutzklausel, die der Bundesrat verhandelt hat?

Sie überzeugt mich nicht. Der Bundesrat wird sie nie anrufen, denn sonst hätte er es schon längst getan. Die EU würde das auch nicht verstehen, wir haben praktisch null Arbeitslosigkeit, hohe Löhne, grosszügige Sozialversicherungen. Wo ist hier die Notsituation?

Die Befürworter der EU-Verträge argumentieren, dass die Bilateralen nach einem Nein erodieren.

Ich denke nicht, dass die EU ein Interesse daran hat, die Beziehungen zur Schweiz auslaufen zu lassen. Gleichzeitig können wir nicht damit rechnen, dass alles beim Alten bleibt. Die EU wird der Schweiz schaden wollen, das haben wir in der Vergangenheit ja schon erlebt.

Bei einem Nein zu den Verträgen ist denkbar, dass die EU die Schweiz bei der Forschung erneut ausgrenzt. Macht das Ihnen keine Sorgen?

Doch, aber damit können wir leben. Es gibt sicher einzelne Programme, bei denen es wichtig ist, die

Kooperation aufrechtzuerhalten. Doch da findet man Lösungen. Das höre ich auch von den Universitäten: Wir haben einen Plan B.

Und wenn die besten Professoren nicht mehr an die ETH wechseln?

Wenn die ETH tatsächlich ein Rekrutierungsproblem bekäme, müsste man den Leuten eben bessere Angebote machen, damit ein Wechsel nach Zürich oder Lausanne attraktiv ist. Aber das betrifft ganz wenige Spitzenkräfte.

Dass die Schweizer Universitäten nicht mehr europaweit eingebunden wären, erachten Sie als unbedeutend?

Damit können wir umgehen. Die Vernetzung haben wir auch ohne Beteiligung an den EU-Forschungsprojekten, in Teams kooperieren kann man immer. Zum Teil erhalten die Teams sogar mehr Geld, wenn sich die Europäer in der EU und die Schweizer Kollegen gleichzeitig in der Schweiz um Finanzmittel bewerben.

Wie soll es nach der allfälligen Ablehnung der Verträge weitergehen?

Dann braucht es Geduld. Wir haben die Bilateralen, und mit denen kann man vorläufig weitermachen. Ich habe nicht verstanden, warum der Bundesrat wenige Monate nach dem Scheitern des Rahmenabkommens 2021 bereits wieder Gespräche mit der EU aufgenommen hat. Für mich ist klar: Ich würde nicht auf Vorrat Ja sagen aus Angst vor negativen Folgen.

Die EU sagt schon seit über zehn Jahren, dass sie den bilateralen Weg so nicht weiterführen will. Ist es wirklich realistisch, dass wir nach einem nochmaligen Nein einfach so weitermachen können?

Man sollte die politische Taktik nicht unterschätzen, ich würde das auch sagen, wenn ich für die EU verhandeln würde. Nach dem Nein zum EWR hiess es vonseiten der EU zunächst auch, es werde ganz sicher keine bilateralen Verträge geben, und dann gab es sie doch. Ich finde, die Schweiz hat in den letzten Jahren an Selbstbewusstsein verloren. Man muss ein gewisses Risiko in Kauf nehmen. Im Umgang mit den USA zeigt sich, dass die Schweiz imstande ist, flexibel zu reagieren. Würde sie die EU-Verträge abschliessen, verlöre sie an Flexibilität.

Warum?

Weil wir in den Binnenmarktabkommen die vielen tausend Vorschriften der EU übernehmen müssten. Es gibt Länder, denen das egal ist und die sich durchmogeln. Die Schweiz zählt nicht dazu, wir halten uns an Regeln, was ja auch gut ist. Ich vergleiche die EU gerne mit der katholischen Kirche. Es gilt das Motto: Du darfst gegen die Regeln verstossen, solange du sie nicht infrage stellst. Das ist nicht das Motto der Schweiz.

Muss man nicht davon ausgehen, dass die Schweiz die Regulierungen – beispielsweise im Lebensmittelbereich – ohnehin übernehmen wird?

Wir übernehmen tatsächlich schon jetzt freiwillig enorm viele EU-Bestimmungen. Doch wir machen es nicht zu

hundert Prozent, und wir können pragmatische Lösungen finden. Wenn die Regeln später nicht überzeugen, können wir sie eigenständig wieder aufheben oder verbessern. Mit den EU-Verträgen können wir das nicht mehr.

Eine Drohkulisse sind ja die ominösen Ausgleichsmassnahmen, die die EU verhängen könnte. Womit wäre zu rechnen?

Das habe ich mich auch schon gefragt. Wenn die Schweiz zum Beispiel eine Ausweitung des Familiennachzugs oder des Sozialhilfebezugs für EU-Bürger ablehnt, dann würde ich schon heftige Massnahmen seitens der EU erwarten. Wir müssen ehrlich sein: Wenn wir den Verträgen zustimmen, muss die Schweiz die EU-Regeln übernehmen, da kann sie keine Spielchen spielen.

Manche in der EU finden, die Schweiz sei eine Trittbrettfahrerin: Sie profitiere von vielen Leistungen der EU, ohne sich angemessen daran zu beteiligen.

Dafür habe ich Verständnis. Es ist legitim, von der Schweiz einen fairen Beitrag zu verlangen. Es würde uns gut anstehen, wenn wir uns finanziell stärker an einzelnen Programmen der EU oder an Projekten in ärmeren EU-Ländern beteiligen würden. Im Gegenzug könnten wir umso glaubwürdiger auf unsere politische Unabhängigkeit pochen.

Macht der Zollkonflikt mit den USA die EU-Verträge dringlicher?

Das eine hat mit dem anderen nichts zu tun. Selbst wenn wir die Verträge jetzt schon angenommen hätten, müssten wir separat mit den USA verhandeln. Zudem leuchtet mir das Argument nicht ein, dass wir für unseren sogenannten Alleingang einen Preis bezahlen würden. Grossbritannien hat dank Brexit einen besseren Deal als die EU erhalten.

Was halten Sie vom Argument, die Schweiz müsse näher an die EU herangehen, damit sie nicht beitreten müsse?

Wenig. Ich verstehe alle, die der EU beitreten möchten. Das ist eine konsequente Haltung: Die Schweiz verliert Souveränität, dafür ist sie volles Mitglied des Klubs. Hingegen habe ich Mühe damit, wenn man so tut, als handle es sich nur um eine Kleinigkeit, und es bleibe alles gleich. Die neuen Verträge bringen einen weiteren Abbau von Souveränität ohne Gegenleistung. Das gilt nicht nur für die Stimmberechtigten, sondern auch für das Parlament: Es wird an Einfluss verlieren.

Halten Sie es für realistisch, dass die EU die Schweiz nach einem Nein derart abstruft, dass wir panisch werden und dem EWR beitreten?

Nein, das glaube ich nicht.

Bis jetzt geht es uns ja auch gut.

Ja, aber wieso geht es uns gut? Weil wir bessere Institutionen haben als die EU und die meisten EU-Länder. Deshalb wollen ja auch so viele Leute zu uns

kommen. Die Schweiz funktioniert gut, die Leute können sich politisch beteiligen, es herrscht grosses Vertrauen in den Staat. All dies wird durch die neuen Verträge infrage gestellt, weil die demokratischen Rechte abgebaut werden.

Bei vielen Befürwortern hat man den Eindruck, dass sie die Nachteile der Verträge sehr wohl sehen, aber nicht die Verantwortung übernehmen wollen, wenn sie scheitern. War die Schweiz früher widerstandsfähiger?

Es gab Zeiten, da war die Schweiz ziemlich mutig, etwa beim Zollkrieg mit Frankreich in den 1890er Jahren. Doch ich würde die Vergangenheit nicht idealisieren, die Schweiz war beileibe nicht immer heroisch. Aber Sie haben recht: Mehr Klarheit in der Debatte wäre wünschenswert.

Was denken Sie, wie unsere Beziehung zur EU in zwanzig, dreissig Jahren aussieht?

Es bleibt schwierig, auch mit den neuen Verträgen. Die Beziehung wird dadurch nicht geklärt, es wird weiterhin Auseinandersetzungen geben. Wer meint, wir hätten mit den Verträgen auf Jahre hinaus stabile Beziehungen, macht sich etwas vor. Die EU ist ein Projekt, das sich laufend verändert, und damit tun sich auch viele EU-Mitglieder schwer.

Experte für Wirtschaftsgeschichte

Tobias Straumann ist Professor für Geschichte der Neuzeit und Wirtschaftsgeschichte und leitet den Studiengang MAS Applied History an der Universität Zürich. Er ist ein profunder Kenner der europäischen Finanzgeschichte sowie der schweizerischen Wirtschaftsgeschichte und nimmt als Kolumnist bei der «NZZ am Sonntag» regelmässig Stellung zu wirtschaftspolitischen Fragen.

Passend zum Artikel



EU-Verträge: Die Zuwanderung in die Schweiz wird einfacher

Ein dauerhaftes Aufenthaltsrecht für die Schwiegereltern, und auch der kranke Onkel kann künftig in die Schweiz mitkommen: Das neue Freizügigkeitsabkommen will den Familiennachzug erleichtern und ausweiten. Der Bundesrat sieht kein Problem mit der Verfassung.

Katharina Fontana 25.06.2025 ⌚ 6 min



INTERVIEW **Pro**

Beziehung Schweiz – EU: «Der Status quo ist keine Option»

Für den Ökonomeprofessor Aymo Brunetti ist klar: Die EU ist der Schweiz mit den neuen Verträgen stark entgegengekommen. Eine Ablehnung würde der Schweizer Wirtschaft schaden.

Peter A. Fischer, Christina Neuhaus 08.07.2025 ⌚ 8 min



INTERVIEW

ETH-Arbeitsmarktspezialist: «Ein sehr gut qualifizierter Zuwanderer zieht einen oder zwei weitere Zuwanderer nach»

Die Schweiz muss sich auf eine jährliche Zuwanderung von 60 000 bis 80 000 Personen einstellen, bei guter Konjunktur auch mehr. Das sagt der ETH-Arbeitsmarktspezialist Michael Siegenthaler. Den Fachkräftemangel wird das nicht zum Verschwinden bringen – im Gegenteil.

Katharina Fontana 04.10.2023 ⌚ 9 min



Copyright © Neue Zürcher Zeitung AG. Alle Rechte vorbehalten. Eine Weiterverarbeitung, Wiederveröffentlichung oder dauerhafte Speicherung zu gewerblichen oder anderen Zwecken ohne vorherige ausdrückliche Erlaubnis von Neue Zürcher Zeitung ist nicht gestattet.